

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreise: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Zuschlagung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für häufige Wiederholungen unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen und kleinerer Gewerbe übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M. das Laufen, zuzüglich Postgebühren. / Der Anzeigenentwurf vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 120

Dienstag, den 14. Oktober 1930

32. Jahrg.

Bürolehrling

für Stern 1931 oder früher gesucht
Schriftliche Meldungen mit Schulzeugnissen bis 30. Oktober erbeten.
Kemberg, den 10. Oktober 1930.
Der Magistrat.

Was Dokumente erzählen.

Vieles von dem, was bis zum Kriegsende in den Aktenbüchern schlummerte, ist jetzt ans Licht gekommen. Das große Aktenmeer des Auswärtigen Amtes gibt dokumentarischen Aufschluß über den Gang der auswärtigen Politik seit 1870. Aber auch die anderen Reichsarchive haben ihre Akten geöffnet und wertiges Dokumentenmaterial zur Geschichte der Zeit geliefert. In dem Wert „Kriegserlösung und Kriegswirtschaft“ (Verlag E. S. Mittler u. Sohn) wird die Vorbereitung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen geschildert, und es ist nun ein Urteil darüber möglich, ob wir militärisch, wirtschaftlich und finanziell auf den Weltkrieg gerüstet waren.

Aus dem reichen Dokumentenmaterial kann an dieser Stelle nur auf einiges hingewiesen werden. Es ist heutzutage etwas Tragisches daran, wenn man heute ein Schreiben des Generals von Falkenhayn vom 8. Juli 1914 liest, der inzwischen Kriegsminister geworden war und der er an den Reichstag schrieb: „Eine neue Heeresvermehrung käme zurzeit als einer Vermehrung und Verschärfung gleich. Sie wäre daher zwecklos.“ Man kann über die Frage der Rüstung denken, wie man will. Wenn aber schon aufgerüstet wurde, dann hatte es natürlich nur einen Sinn, sich dann auch so stark zu machen, daß man schnelle Entscheidungen herbeiführen konnte.

Die jetzt veröffentlichten Dokumente geben weiterhin einen Einblick, wie man über die voraussehbare Kriegsdauer dachte, und es zeigt sich, daß nahezu alle Urteile falsch waren. Im preussischen Kriegsministerium rechnete man mit einer neunmonatigen Kriegsdauer und hielt auch noch wesentlich später an dieser Berechnung fest. In militärischen Kreisen war alles auf einen schnellen Krieg angelegt. Graf Schlieffen als Chef des Generalstabes schrieb 1905: „Sintem in der Mobilmachung mag man montanologisch in unannehmbaren Stellungen sich gegenüberlegen. Im westlichen Europa kann man sich den Luxus einer solchen Kriegsführung nicht erlauben.“

Generaloberst von Moltke allerdings sprach im Mai 1914 von einem „unter Umständen langwierigen Kriege gegen zwei Fronten“. Er hatte schon früher gesagt, daß der Krieg ein Volkstrag werden würde, der nicht mit einer entscheidenden Schlacht abzumachen sein würde, sondern der ein langes mühseliges Ringen mit einem Lande sein würde, das sich nicht eher überwinden geben wird, als bis seine ganze Volkskraft gebrochen ist, und der auch unser Volk, selbst wenn wir Sieger sein sollten, bis aufs Äußerste erschöpfen wird. Entgegen dieser Voraussage von Moltke war im Generalstab doch die Auffassung sehr stark vertreten, daß moderne Kriege überhaupt nur kurze Zeit dauern könnten.

Das Urteil Mar Warburgs in seinen Ausführungen auf dem Bankertage zu Hamburg im Jahre 1907 steht unter den anderen Zeugnissen sehr vereinzelt da: „Es ist außerordentlich schwer, sich von einem zukünftigen Kriege zwischen europäischen Großmächten einen Begriff zu machen. Jedemfalls aber wird man nicht da mit rechnen dürfen, wie Velenos es häufig tun, daß ein derartiger Krieg von kürzerer Dauer als früher sein wird.“ Im Gegensatz dazu haben sich die Wirtschaftler vielfach als falsche Propheten erwiesen. Der Geheimereicherungsrat Professor Dr. Cronst schrieb: „Lange Dauer der Kriege ist in Zukunft nicht mehr anzunehmen.“ Die Wehrkraft der Persönlichkeiten, die an den Maßnahmen zur Einleitung einer wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung beteiligt waren, befähigen heute, daß für die ganzen Heeresleistungen eine kurze Kriegsdauer vorausgesetzt wurde. Freilich u. a. Massenbach hat an das Wehrschiff eine Zuschrift über diese Vorbedingungen gerichtet, in denen es heißt, daß alle Teilnehmer in dem Sinne des Dogmas standen, daß die Dauer eines großen europäischen Krieges sechs Monate schwerlich, ein Jahr ganz sicherlich nicht übersteigen könne.

Auch über die Ergänzung der militärischen Rüstungen im Kriege, über die Versorgung mit Munition usw. hatte man ganz falsche Vorstellungen. Die gewaltigen Umwandlungen in der militärischen Technik, in der Heranziehung der chemischen Industrie und in dem auf höchstem getriggerten Verbrauch des Kriegsmaterials jeder

Art, die der Weltkrieg mit sich brachte, waren vor dem Kriege nicht im entferntesten Maße vorausgesehen worden. Deshalb tragen auch alle Vorbereitungsmaßnahmen der Heeresverwaltung den Charakter der Unzulänglichkeit an sich. Ebenso unterließ eine Erfassung der heimischen Rohstoffe, auch hatte man die Heranziehung der großen und leistungsfähigen deutschen Industrie zur Mithilfe bei der Herstellung des Kriegsmaterials aller Art nur in bescheidenem Umfange vorbereitet.

So ergibt sich im ganzen aus dieser historisch wertvollen Darstellung, daß wir zwar militärisch einigermaßen, wirtschaftlich und finanziell aber vollkommen mangelhaft auf den größten aller Kriege vorbereitet waren. Diese mangelhafte Vorbereitung mußte später unter viel schwierigeren Umständen nachgeholt werden, und dadurch gerieten wir vor vornherein in eine schwierige Lage. Ist es so auch traurig, Fehler feststellen zu müssen, so ergibt sich auf der anderen Seite doch die Tatsache, daß die Behauptung der Mantelnote des Versailler Vertrags erfüllt ist, wenn in dieser Note davon gesprochen wird, daß Deutschland zur Erhaltung der Vorkriegsarbeit in Europa „planmäßig auf den Krieg hingearbeitet“ und ihn „nach höchster Steigerung seiner Rüstung“ „bewußt entsefelt“ habe.

Heute Reichstagsbeginn.

Heute nachmittag um 15 Uhr tritt der am 14. September neugewählte Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Damit beginnt eine entscheidende Periode in der politischen Entwicklung Deutschlands. Ob sich dieser Reichstag seiner Aufgabe gewachsen zeigen oder ob er als „Zurechtenthalten“ verurteilt wird, das ist die Frage. Alles hängt davon ab, ob der Reichstag zu verantwortlichen Denken sich hindurchringen kann, oder ob er, wie bisher, über Parteigrenzen, Parteiprogramme und unverständliche Parteieliten nicht zur Arbeit kommt.

Die erste Woche wird voraussichtlich eine Klärung über die Absichten der parlamentarischen Gruppen bringen. Man hat allen Anlaß, dem Beginn der Reichstagsverhandlungen mit größter Skepsis entgegenzusehen. Es ist wahrscheinlich, daß sich schon in den ersten Tagen gefährliche Reibungen ergeben. Wie bereits gemeldet, wollen sowohl die Nationalsozialisten als auch die Kommunisten in den verbotenen Uniformen ihrer Parteioptionen erscheinen. Das wäre dann schon von vornherein eine psychologische Belastung für die Arbeit des Reichstages, und Anreiz zum Kravall. Konfliktstoff liegt genug vor. Von der R.P.D. ist bereits ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingepreßt. Von der N.S.D.A.P. und der D. V. sind Mißtrauensanträge angekündigt. Ferner kommen die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen des Reichspräsidenten zur Beratung, denen die Genehmigung zu einem Auslandsstreich in Höhe von 125 Millionen Dollar folgen soll. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte keiner der Mißtrauensanträge angenommen werden, da die SPD für die Regierung und für die Notverordnungen zu stimmen beabsichtigt.

Die Fraktionsitzungen haben begonnen.

Berlin, 12. Oktober.

Am Montag vormittag findet im Reichstag eine Fraktionsführerbefragung beim Präsidenten Loh statt, in der die ersten beiden Reichstagsitzungen, die der Feststellung der Beschlußfähigkeit und der Präsidentenwahl gewidmet sind, noch einmal besprochen werden sollen. Es ist möglich, daß man nach einem ruhigen Verlauf der ersten Sitzung auch die zweite Sitzung noch am Montag nachmittag abhalten wird, um dann die Präsidentenwahl sofort vorzunehmen. Auch die meisten Fraktionen werden am Montag Sitzungen abhalten. Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrum und Wirtschaftspartei haben bereits für Montag mittags bzw. vormittag Sitzungen anberaumt. Die Staatspartei wird nach dem Besium zummentreten. Nationalsozialisten und Landvolk sind bisher nicht einberufen, werden aber wahrscheinlich auch am Montag zummentreten. Die Deutschnationalen und die Banische Volkspartei haben bereits am Sonntag Sitzungen abgehalten.

Curtius bleibt vorläufig.

Noch keine endgültige Entschcheidung der Volkspartei.

Berlin, 12. Oktober.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beriet bis in die späten Abendstunden. Wie wir hören, wurden die Beratung und Beschlußfassung über das Regierungsprogramm am Montag verlagert. Inzwischen sollen eingeleitete Verhandlungen über das Programm mit anderen Parteien durchgeführt werden. Die Fraktion setzte einen Ausschuss ein, der Vorschläge zur Ausgestaltung des Regierungsprogramms machen soll. Ausdrücklich wird berichtet, daß ein Antrag auf Abberufung des Reichsaussenministers Dr. Curtius der Fraktion nicht vorgelegen habe.

Die Sitzung, die man mit einiger Spannung erwartete, dauerte sechs Stunden. Das prächtige Hauptergebnis ist, daß die Fraktion nicht den Rücktritt ihres Ministers fordert. Sie hat sich sehr eingehend mit dem Sanierungsprogramm und dem parlamentarischen Stellung des Kabinetts Beratung beschäftigt. Wenn kein Beschluß zustande kam, sondern zunächst mit anderen Gruppen, namentlich denen, die rechts von der Deutschen Volkspartei stehen, verhandelt werden soll, so hat das seinen Grund vor allem darin, daß die befommene Richtung in der Fraktion sich erheblich durchgesetzt hat.

Dr. Scholz ist beim Kanzler gewesen, der ihm offenbar ziemlich unumwunden erklärt hat, daß das Kabinett die Abkehr der Deutschen Volkspartei mit dem Gesamtakt nicht beantwortet werde.

Die Verantwortung für diese gefährliche Entwicklung hat die Fraktion nun doch nicht auf sich nehmen wollen. Stimmungsgemäß ist also das Ergebnis dieser Fraktionsitzung dahin zu werten, daß die befommene Richtung sich durchgesetzt hat und die weitere Entwicklung nun zunächst von den Verhandlungen mit den übrigen parlamentarischen Gruppen abhängt.

Antwort an Groener.

Ein Brief des Grafen von der Goltz.

Berlin, 12. Oktober.

General Graf von der Goltz hat ein Antwortschreiben an Reichswehrminister Groener gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Auf Ihren öffentlichen Brief an mich gestatte ich mir, ebenso öffentlich zu antworten.“

1. Daß das R.W.M. korrekt und formaljuristisch richtig gehandelt hat, bezweifle ich nicht. Die andere Frage aber ist, ob sein Verhalten politisch zweckmäßig war.

Der Gegenstand in der Devisenaffäre zwischen dem parlamentarischen Minister, der sich meist mit einem Reichsanwalt und mit Ministern der wehrmachtfeindlichen SPD, in einer Koalition befindet, und der ihm anvertrauten Truppe ist durch den Prozeß aller Welt klar geworden, auch dem Ausland.

2. Die Verhaftung von Offizieren während einer dienstlichen Übung aus dem Kreis von Kameraden und Untergebenen durch einen Zivil-Untersuchungsrichter haben nach dem Prozeßbericht auch Reichswehrminister als schmach empfindbar. Ich bitte, mir ein einziges Beispiel zu nennen, daß einem Truppenteil des alten Heeres die gleiche Schmach angetan wurde.

3. Natürlich weiß ich, als alter Soldat, daß die Grundlage der Wehrmacht bedingungslos und vorbehaltlos der Befehlskraft ist, wie Sie schreiben.

Das habe ich u. a. bewiesen, als ich im November 1918 als deutscher General in Finnland Ihnen telegraphierte, daß die von Ihnen angeordnete Einführung von Soldatenräten diese Grundzüge untergrabe und daher unauflösbar ist.

Es ist keine Partei, sondern Staatspolitik, wenn die nationalen Kreise internationale und wehrmachtfeindliche Einstellung für eine Regierung, die der Wehrmacht befehlig, scharf ablehnen. Weil aber unter den jetzigen Verhältnissen eine solche internationale und wehrmachtfeindliche Parteienregierung nicht wiederkehren kann, befürchten wir das heutige System im Interesse des wehrhaften Geistes von Wehrmacht und Volk.“

Youngplan undurchführbar!

Eine Schatzrede in Newyork.

Newyork, 11. Oktober.

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist nach an einem Essen teil, daß der Newyorker Bond Club ihm zu Ehren veranstaltete. Dr. Schacht führte bei dieser Gelegenheit u. a. aus: Er habe leider feststellen müssen, daß in Amerika im Augenblick ein unbedingtes Gefühl hinsichtlich der deutschen Zustände herrsche, das besonders durch die nach Amerika gelangten Nachrichten über den Ausgang der deutschen Wahlen noch verstärkt worden sei. Über die geradezu übermäßigste Schuld des deutschen Volkes gegenüber aller wirtschaftlichen Not und außenpolitischen Bedürfnis wachender letzten Schritte obliegen nachdrücklich. Seine Unmöglichkeit überläßt davon sein, daß ein so rechtschaffenem Volk wie das deutsche seiner Empörung Ausdruck gebe.

Noch sei die wirtschaftliche Notwendigkeit Deutschlands unerträglich.

Aber die Reserven seien teils durch falsche Finanzpolitik, teils durch die Reparationen aufgebraucht, die nicht aus dem Überschuß der Wirtschaft, sondern durch Aufnahme neuer Kredite gedeckt worden seien.

Im kommenden Winter müsse Deutschland auf eine Arbeitslosigkeit von über 4 Millionen gefaßt sein, ohne dabei auf irgendwelche Finanzreserven zurückgreifen zu können. All das habe trotzdem die moralische Kraft des deutschen Volkes nicht brechen können. Jeder Deutsche, der über Deutschlands Wirtschaftslage spreche, befände sich in einem Zwiespalt.

Die Wahrheit sei nach seiner letzten persönlichen Überzeugung, daß Deutschland aus eigener Kraft die Annuitäten des Youngplans nicht werde zahlen können.

Es müßte sonst auf Kosten der übrigen Länder seinen Außenhandel fast um die Hälfte steigern. Er glaube nicht, daß die übrigen Länder gemillt seien, Deutschland die Zahlung der Zinsen für den durch zu ermäßigen, daß sie zu solcher Steigerung des deutschen Warenverkehrs auf eigene Kosten beitragen.

Es könne deshalb nur eine Frage der Zeit sein, wann das Reparationsproblem erneut zur internationalen Diskussion liege.

Das brauche und dürfe indessen die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung nicht hindern, denn er könne sich unter keinen Umständen vorstellen, daß irgendeine Macht der Welt in der Lage oder auch nur gewillt sei, Deutschlands politischen Schuldverpflichtungen einen Vorrang vor den privaten Schuldverpflichtungen zu verschaffen. Wie auch immer das Schicksal der Reparationen sein möge.

Deutschland werde seinen leiner ausländischen Geldgeber jemals enttäuschen,

ob es sich nun um lang- oder kurzfristige, um öffentliche oder privatwirtschaftliche Kredite handle. Darin liege auch die Youngkommission mit einbezogen, unbeschadet ihres politischen Lieferungs.

Der Youngplan enthält aber auch alle Möglichkeiten einer Neuaufstellung,

wenn die Unmöglichkeit einer exakten Durchführung sich ergeben sollte. Die Politik ist nicht stark genug. Stärker ist der Schrei der Völker nach sozialer Wohlfahrt durch wirtschaftliche Prosperität.

Wandel der Handelspolitik gefordert.

Das Aktionsprogramm des Reichslanbundes.

Berlin, 12. Oktober.

Das Präsidium des Reichslanbundes hat der Reichsregierung ein agrarpolitisches Aktionsprogramm überreicht. Das Präsidium betont die Notwendigkeit eines *Triumphatoriums* und erklärt in bezug auf das Programm: Diese Maßnahmen tragen keinen Ausschub und müssen daher, falls parlamentarische Möglichkeiten hierzu in allerzünftigster Zeit nicht gegeben sind, durch Manifestation des Art. 48 der Reichsverfassung durchgeführt werden. Wir sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß die Reichsregierung ungeachtet der erforderlichen Schritte ergreife und gegebenenfalls dem Reichspräsidenten umfassende Notverordnungen unterbreite.

Das Aktionsprogramm selbst fordert, daß die Reichsregierung einen grundsätzlichen Wandel in der Zoll- und Handelspolitik vollziehe. Bei der Steuerpolitik seien alle gegen die Landwirtschaft gerichteten Einheitssteuergesetze abzulehnen. In Ergänzung der allgemeinen Maßnahmen fordert der Reichslanbund die Erhebung des Offiziennotgesetzes durch bessere und weitergehende Maßnahmen. Auch das westliche Grenzgebiet müsse berücksichtigt werden.

Keine Systemänderung.

Der Industrie- und Handelskongress zum Finanzplan.

Berlin, 11. Oktober.

Der Deutsche Industrie- und Handelskongress beriet in einer Hauptversammlung die Stellungnahme zum Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung wie auch zur handelspolitischen Lage und ihrer Erörterung. Der Ausgang gelangte zu folgenden Entschlüsse: Der Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung umfaßt nicht die Gesamtheit der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Aber er ist

als ein Anfang der Maßnahmen zu begrüßen, die zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalarmut und wirtschaftliche wie politische Wirren notwendig sind, wie auch als eine entscheidende Unterfütterung einer Anbahnung der zur Gesundung der deutschen Volkswirtschaft und darüber hinaus der Weltwirtschaft unerlässlichen Revision der Reparationsverpflichtungen.

In richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge will der Plan die Befreiungsfaktoren in der deutschen Volkswirtschaft senken und die öffentliche Wirtschaft durch Sparmaßnahmen in Ordnung bringen. In der Tat kann allein auf diesem Wege ohne untragbare volkswirtschaftliche Verluste eine Senkung der Preise erreicht und der drückenden Not der Arbeitslosigkeit

mit dauerndem Erfolg entgegengearbeitet werden. Weitergeführt muß auch mit Nachdruck die notwendige Reform unserer Verfassungs- und Verwaltungsaufbaues werden. Die deutsche Handelspolitik muß weiter von der Erkenntnis getragen sein, daß die deutsche Volkswirtschaft nicht ohne starke Ausfuhr und demgemäß ohne starken Außenhandel bestehen kann.

Das im Laufe der letzten sechs Jahre geschlossene Handelsvertragsystem hat sich in der Entwicklung der Ausfuhr, die freilich zum Teil durch Kapitalmarkt und Verschuldung erzwungen war, grundsätzlich bewährt. Zu einer grundsätzlichen Abkehr vom bisherigen System besteht daher kein Anlaß; es ist vielmehr klar und festig weiterzuführen.

Die neue Entwicklung der Weltwirtschaft weist darauf hin, durch die Schaffung großräumiger Wirtschaftsgebiete auch in Europa einen besseren industriell-agrarischen Ausgleich zu erleichtern. Jeglicher hierauf abzielender enger Zusammenschluß, der frei von politischen Vorherrschabsabsichten und unter Wahrung eines angemessenen Schutzes heimischer Arbeit, insbesondere der Landwirtschaft, die Wirtschaftskraft Europas zu stärken geeignet ist, wird zu fördern sein.

Deutschlands größte Sorge.

Das Meer der Wohlfahrtsverweigerung wächst.

Berlin, 12. Oktober.

Im Gegensatz zu den rückläufigen Unterfertigungszahlen der Arbeitslosenversicherung hat das Meer der Wohlfahrtsverweigerung im Monat September eine neue bedeutende Vermehrung erfahren.

Nach der Erhebung des Deutschen Städtelages wurden in den Städten über 25 000 Einwohner (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen) am 30. September 479 000 Wohlfahrtsverweiser (ohne Familienmitglieder als Zuschlagsempfänger) gezählt. Von diesen werden 53 000 als Freizeitarbeiter eingeschätzt. Gegenüber dem Ergebnis des Vormonats (443 000) ist für die genannten Städte eine neue Belastung der gemeinlichen Wohlfahrtspflege um weite 7,6 Prozent, gegenüber dem 31. Dezember 1929 aber eine Verdoppelung der zu betreuenden Erwerbslosen eingetreten. Außerdem erhielten in den Städten über 25 000 Einwohner am 30. September 52 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenfristung laufende Zuschlagleistungen.

Schiedspruch für die Metallindustrie.

Lohnfestlegungen um 8 bzw. 6 Prozent.

Berlin, 12. Oktober.

Die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts in der Berliner Metallindustrie führten am Freitagabend zu einem Schiedspruch, der vorsieht, daß mit Wirkung vom 3. November ab die Löhne der männlichen Arbeiter über 18 Jahre um 8 Prozent, die Löhne der Arbeiter unter 18 Jahre und der Arbeiterinnen um 6 Prozent festgesetzt werden.

Diese neue Lohnregelung soll mit Monatsfrist kündbar sein, jedoch frühestens zum 1. Juni 1931. Ueber Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches haben sich die Parteien bis zum 18. Oktober mittags 12 Uhr zu erklären.

Bei der Vertiefung des Schiedspruches führte der Vorsitzende u. a. aus: Die Schlichterkammer ist überzeugt, daß eine Lohnsenkung erforderlich ist, um die Gehälter der Arbeiter zu senken und dabei der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Es ist sozialpolitisch richtiger, die Löhne, die in Zeiten eines guten Ganges der Geschäfte festgesetzt sind, zu senken, als durch Festhalten an dem bisherigen Lohnniveau die Krise zu vertiefen und weitere Arbeitslosigkeit der Arbeitslosigkeit anheimfallen zu lassen.

Für unser Geld!

Die Einnahmehüberschüsse des französischen Staatshaushalts.

Paris, 12. Oktober.

Der französische Finanzminister Reynaud gab vor der Pariser Presse einige ergänzende Erklärungen über den vor kurzem veröffentlichten Haushaltsplan für 1931/32 ab. Bei dieser Gelegenheit kam er auch auf die für die Zwecke der Landesverteidigung ausgemerkten 1800 Millionen Franken zu sprechen. Diese 1800 Millionen würden, so erklärte Rey-

naud, indirekt von der Staatskasse bezahlt. Die Amortisierung der öffentlichen Schuld, die etwa den gleichen Betrag ausmache und die in anderen Jahren stets im Haushaltsplan geführt wurde, sei diesmal lediglich in einem Umfang aufgeführt, da diese Summe nicht von der Regierung an die Amortisationskasse abgeteilt, sondern von ihr aus den vorhandenen Geldbeständen direkt bezahlt werde. Die Staatskasse sei hierzu in der Lage, da sie aus dem laufenden Haushaltsplan drei Milliarden Einnahmehüberschüsse habe und ihr aus den deutschen Erlösausgaben überdies 3900 Millionen Franken zugegangen seien.

Es kann nicht oft genug betont werden, daß Frankreich von den europäischen Kriegführenden Ländern der einzige Nutznießer war und ist. Die von Deutschland geleisteten Reparationen haben ihm die Hälfte wirtschaftliche Fortschritte gebracht. Es kennt auch keine Arbeitslosigkeit, die in anderen Ländern — vor allem bei uns — das brennendste Problem geworden ist.

Eine frivole Behauptung.

Litauen hat angeblich alles erfüllt.

Konovo, 11. Oktober.

Außer den deutschen Vorstellungen ist auch ein Schritt des Generalsekretärs des Völkerbundes bei der litauischen Regierung wegen der Nichtinhabung der zwischen Deutschland und Litauen getroffenen Vereinbarungen über das Memelgebiet erfolgt. Das Eingreifen des Völkerbundes ist auf deutsche Vorstellungen in Genf, in denen auch das Verhalten Litauens hingewiesen wurde, zurückzuführen. Die litauische Regierung hat telegraphisch ihre Antwort nach Genf abgelehnt.

In dieser Antwort stellt Litauen die Behauptung auf, daß alle in Genf getroffenen Abmachungen erfüllt worden seien. Die litauische Regierung ist sogar nicht davon juristisch, Protest gegen die angeblich ungenügsamer litauischen Vorzüge zu erheben.

Tatsache ist, wie die zahlreichen Genfer Akten in den memelländischen Blättern beweisen, daß die Kriegszugung, wie dies vereinbart worden war, nicht nur nicht aufgehoben, sondern in den letzten Tagen vor der Wahl zum memelländischen Landtag noch verschärft worden ist. Die Umbildung des Memeler Landesdirektoriums ist so spät erfolgt, daß auch hier unzeitweilige eine Vertagung der Vereinbarungen vorliegt. Da die memelländischen Landtagswahlen unter höchstem litauischen Terror fortgeschritten haben, so fällt die Umbildung der Wahlkommission, die übrigens auch erst nach vielen Schwierigkeiten erfolgt ist, kaum noch ins Gewicht.

Nur Abrüstung bringt Sicherheit!

Daladier auf dem radikalen Parteitag.

Paris, 11. Oktober.

Der radikale Kongress in Grenoble hat begonnen. Den Anlaß zur großen politischen Aussprache gab der Parteivorstand die 2. Sitzung der Beiratskommission und Ungehören in Europa seien von einem Tage zum anderen im Wachsen. Trotz der wirtschaftlichen und finanziellen Nöte des italienischen Faschismus, der heute Geld von Frankreich verlange, nachdem er es gestern bedroht habe, beginne man, mehr und mehr mit der Idee der Diktatur zu liebäugeln, für die der

Deutscher Wahlsieg in Memel

... trotz rücksichtslosen Terrors der Litauer.

Memel, 12. Oktober.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der Wahlen zum memelländischen Landtag lassen erkennen, daß die deutschen Reichsparteien auch diesmal wieder große Erfolge zu verzeichnen gehabt haben.

Nach einer vorläufigen Aufstellung, bei der allerdings der Radikale Memel noch fast ganz fehlt, haben die Reichsparteien folgende Stimmengahlen erreicht: Memelländische Volkspartei 11 057, Memelländische Landvolkspartei 7490, Sozialdemokraten 4984 Stimmen. Die litauischen Parteien konnten trotz größten Aufgebots und rücksichtslosen Terrors den erhofften Erfolg nicht erreichen. Besonders schlagig hat die Wirtschaftspartei abgelehnt, die, in litauischen Fahrwasser legend, nur 1068 Stimmen erhielt. Der litauische Wahlklub erzielte 4444 Stimmen, während die litauischen Splitterparteien es nur auf 354 Stimmen brachten. Für die kommunistische Liste wurden 1793 Stimmen abgegeben.

Auf schwankem Grund.

Roman von S. A. B. (Nachdruck verboten)

10. Fortsetzung. Ganz langsam hoben sich die gelentten Augen zu ihm empor.

„Was soll ich dir antworten.“

„Ach so, du bist einfach sprachlos über diesen brutalen Ton. Und mit deinem Glauben auf die schönen Zeiten in meiner Fingel ist's nun wohl aus?“

„Zeit spielte ein mattes Köheln um ihre Lippen.“

„So leicht stirbt mein Glaube nicht.“

„Nicht so leicht — hm — Aber unerlässlich ist er also doch nicht. Was kommt' ihm denn zum Beispiel den Todesstoß verlesen? Au, nur heraus mit der Sprache.“

Den Schmerzhaft aufwachebelnd, sah er sie herausfordernd an. Ihr Gesicht zeigte einen Ausdruck stiller Würde.

„Sprich nicht so zu mir, Felix, ich bitte dich darum.“

„Er wurde immer beherrschter. „Nein, nein, nur schweig bei der Gefahr geblieben. Ein jeder weiß doch gern, woran er mit dem andern ist. Also: über welche Lobdinge könntest du bei mir nicht hinweg?“

„Ein Bild rüste starr auf ihr, als wollte er hohnwörtlichen Zwang ausüben. Ihr Atem ging schwer, der Herzschlag tat ihr weh. Die schlanken Hände hatten sich aneinandergepreßt und so, seinen Blick mit gleicher Festigkeit erwidern, gab sie ihm die Antwort:

„Ich könnte bei dem Manne, den ich liebe, nur über eines nicht hinweg niedrige Gefinnung.“

Es blieb ein paar Sekunden still. Felix Rahms hatte die Hände gemischt. Dann lachte er voll beherrschend:

„rigen Gefinnung“ bei mir bemerkbar gemacht? Zählt dir vielleicht schon mein Mindestmaß an Sympathie für meinen Herrn Maurerpolier um meine Höflichkeit gegen dessen Fräulein Braut dazu?“

„Ich bitte dich nur darum, daß du mir versprichst, diese Höflichkeit in Zukunft zu unterlassen.“

„Edith —!“ Es war ein sühnender Laut. Er hatte ihre Hand gefaßt und presste sie schmerzhaft. — „Du bist mir die Antwort schuldig geblieben.“

„Ich bin deine Braut — das ist meine Antwort.“

Die emporgereifte Hand fiel ihr am Körper herab. So lächlings hatte Rahms sie wieder freigegeben. Ihr Ton, ihr Blick hatten brennendes Schamempfinden in ihn hineingegossen, aber er wehrte sich voll Befriedigung gegen ein Gefühl, das ihn höher, höher drückte, annehmend, ihn vor sich selber verheimlichen wollte. So sollte sie ihm nicht vorkommen, das ließ er sich nicht bieten. Er suchte nach Worten, um ihr das klar zu machen, und fand die rechten Worte nicht. Der Ablass seines Stiefels bohrte sich in den weichen Teppich hinein. Eine wählende Erbitterung war in ihm. „Niedrige Gefinnung —“ was zum Teil hatte ich damit gemeint? Warum sollte ich nicht, wie's das Schicksal gemeint wäre, gelacht? Aber: meine Intenre könnte ich nicht hinweg. — Aber — niedrige Gefinnung — eine ständige Redensart, bei der sich einer nichts denken konnte oder — alles mögliche.

Da lagte Edith mit einem sehr sanften, bittenden Ton und sah ihn franten Blickes an:

„Wir wollen doch keine Verwirrung zwischen uns aufkommen lassen, Felix. Du mußt mich mißverstehen haben, sonst hätte dich das, was ich dir sagte und wonach ich trage, nicht so reizen können. Ich glaube dir ja, daß alles nichts weiter war, als ein Scherz, und wenn ich trotzdem bitte, solche Scherze Fräulein Diethold gegenüber nicht zu wiederholen.“

„So, da wären wir denn glücklich wieder zu be-lagtem Sammel zurückgeleitet!“

„Er ignorierte sein Köhnen, sah ihn immer mit dem franten Blicke an. „Du verprügeln es mir, nicht wahr?“

„Nein, das verspreche ich dir nicht, wenigstens nicht, bevor du die Güte hastest, mir anzuvertrauen, wie der Zufall ausah, der dir die ganze Wundermarz zuge-tragen.“

„Nicht selten ist ihre Lider. „Wie ich's erfähr, das ist doch einleucht.“

„Mir ist's nicht einleucht. Im Gegenteil, der Umstand fängt an, mich ganz herorraugend zu interessieren. Es geht mir mit dir genau so, wie dir mit mir, Dittgenich ich möchte auch den genauen Orientierungsplan deiner Innerlichkeit haben.“

„Ein Schatten überlog ihre Züge: „Sei doch nicht kleinlich, Felix.“ sagte sie leise.

„Kleinlich.“ fuhr er auf, die heimliche Erbitterung in ihm drängte immer mehr herort. „Allo Kleinlichkeit und niedrige Gefinnung. — Haft du denn nicht schon noch ein drittes bei der Hand, um das Köhne Kleckel meiner Barterreigenschaften voll zu machen?“

„Sie schrak so heftig, daß sie ein paar mal sehen mußte, bevor ihre Stimme Klang fand.“

„Du dreißt willkürlich meine Worte herum und schreibst ihnen anderen Sinn unter. Warum tuft du das?“

„Warum — warum —?“ Er hatte die Gählfalten die er sich selbst gelegt, wieder aufgenommen und schwenkte sie hin und her, daß der Gesicht laut aneinander stürzte. — „Warum bin ich der, der ich bin, und nicht der Himmelsengel mit weißen Flügeln, wie du mich haben möchtest? Kurios nur, daß dich meine Winderwertigkeit zunächst nicht im geringsten geniert hat — im Gegenteil.“ Er lachte schände.

„Mit einer steifen Bewegung, wie fortgeschoben, wick sie von ihm zurück, bis zum Fenster hinüber. „Von dort her sagte ich tonlos: „Ich glaube, es wäre besser, Felix, wir sagten uns Lebewohl für heute.““

(Fortsetzung folgt.)

Faschismus nur ein neuer Ausdruck sei. Vielleicht geht er auch auf Deutschland, wo sechs Millionen für Hitler gestimmt hätten, und sein Wahlprogramm zeige, für den Bürgerkrieg wie für den auswärtigen Krieg eintrete. Wie könne hier Abhilfe geschaffen werden?

Warum öffnet nicht Frankreich vor allen Völkern seine Abrüstungskisten? Warum, wenn es Deutschland bedroht, insgeheim zu rufen, und sich über die schicksallose Müll, die neben dem realen politischen Meer bestehen soll, beunruhigt, befragt es nicht die öffentliche Meinung der Welt mit seinem eigenen Abrüstungsplan? Und warum ergreift es nicht die Initiative zu einem allmählichen Abrüstungsplan? Wird dadurch seine Sicherheit abgeschwächt? Es ist eben immer nur die Rede von den gewohnten Klüngen nach alten Methoden, bis Europa eines Tages durch eine Art Faschismus, der niemand gewohnt, aufs neue in den Abgrund gestürzt wird, diesmal mit der Gewißheit, lebendig aus dem höllischen Abgrund nicht wieder herauskommen.

Allerdings wolle auch seine Partei nicht, daß Frankreich allein, und bevor seine Bemühungen um eine wirtschaftliche Verständigung Erfolg gehabt hätten, sich schmähe, da es zu leicht die Beute einer Koalition des Faschismus werden könne.

In letztem Verlauf der Tagung der Radikalsocialistischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der die Partei zur Fortsetzung der Friedenspolitik auffordert und die Zusammenarbeit mit der kirchlichen Rechten und den Konfessionen ablehnt.

Radikale Abrüstungsvorschläge

... aber auch in Dänemark.

Kopenhagen, 11. Oktober.

Der dänische Verteidigungsminister hat im Reichstage die Abrüstungsvorlage von neuem eingebracht. Derin wird vorgeschlagen, das jetzige Heer durch ein Waffenkorps zu ersetzen, für das jährlich 7,2 Millionen Kronen ausgegeben werden dürfen. Die Generale sollen künftig „Oberinspektoren“ und die Obersten „Inspektoren“ heißen. Ferner wird auch die Kriegsmarine abgeduldet und durch eine Seemarine ersetzt, die nur Waaf- und Inspektionschiffe und andere kleine Fahrzeuge von zusammen 13 000 Tonnem sowie 12 Wasserflugzeuge umfassen soll. Die Seemarine soll 10,7 Millionen Kronen im Jahre kosten.

Fortschritte der Aufständischen.

Stellungnahme Washingtons zur Lage in Brasilien.

Newport, 11. Oktober.

Das Hauptquartier der Aufständischen in Rio Grande do Sul gibt bekannt, daß sich nunmehr drei Fünftel der Regierungstruppen den Aufständischen angeschlossen hätten. Die Aufständischen marschieren in zwei Gruppen auf die Hauptstadt Rio de Janeiro. Sie haben nunmehr auch die Stadt Campos erobert. Sämtliche Eisenbahnen im Süden des Landes sind in ihrer Hand. Die Aufständischen vernichten, den bedeutenden Hafen Santos von Hinterland abzuschneiden, um damit die Kapitulation zu erzwingen.

Am Gegenlag zu diesen Meldungen behauptet die Regierung in Rio de Janeiro, daß die Niedersetzung des Aufstandes im Staate Minas Geraes unmittelbar bevorstehe. Die Wiedereinnahme von Belo Horizonte sei nur noch eine Frage von Stunden. Balneario und andere Stützpunkte von den Aufständischen bereits geräumt. Der bisherige Präsident Washington Luiz erklärte, daß der größte Teil der Truppen regierungstreu sei. Die Aushebung von Reservisten wurde als Folge der Fortschritte.

Nach Meldungen aus Washington dürfte Präsident Hoover die Bitte der brasilianischen Regierung, Kampfflugzeuge in den Vereinigten Staaten anzuweisen zu können, ablehnen. Die amerikanische Regierung beschließt, gegen dem Grundsatze der Politik der offenen Hand zu verstoßen. In politischen Kreisen Washingtons erwartet man eine lange Dauer des brasilianischen Bürgerkrieges und empfiehlt daher kritische Neutralität.

In der „New York Herald Tribune“ erklärt der frühere Präsident Coolidge, er halte einen langen verheerenden Kampf in Brasilien für möglich. Jede fremde Einmischung wäre eine heftige Angelegenheit. Der Völkerverbund und die anderen Mächte könnten der Sache der Menschheit dienen, wenn sie in Brasilien eine Bereitschaft anzeigten und sich gleichzeitig weigern würden, die freitenden Parteien mit Kriegsmaterial und Geld zu versorgen.

Die GPU an der Arbeit.

Moskau, 12. Oktober. Die GPU hat in Kotan eine Organisation aufgedeckt, die sich angeblich die Aufgabe gestellt hätte, das Eisenbahnenverkehrsnetz zu zerstören. Nach einer amtlichen Mitteilung wurden 17 Personen verhaftet, bei denen Schriftstücke über ihre Beziehungen zum Ausland gefunden worden sein sollen. Einer der Verhafteten hat Selbstmord verübt. Die Verhafteten werden nicht durch ein Gericht, sondern durch das Kollegium der GPU abgeurteilt werden.

Der Reichspräsident in Trier

Trier, 13. Oktober.

Nach einer Rundfahrt durch die Stadt und der Besichtigung des Domes und des Stadions gab die Stadt Trier dem Reichspräsidenten in den Solpigen ein Frühstück. Oberbürgermeister Dr. Weis bei dem Reichspräsidenten mit einem persönlichen Empfang zugleich mit einem in laarändischer Kunstwerkstätte angefertigten Original-Möbel-Pokal den besten an der Hofe gewählten und nach der höchsten Auszeichnung, daß es dem Herrn Reichspräsidenten verjährt sein möge, diesen Pokal noch die stiftliche Jahre zu leeren. Der Wingerverband für Mosel, Saar und Rurmer ließ darauf durch Freiherrn von Schorlemer-Wechsungen in Trier Kunstwerkstätten gefertigtes Fäßchen überreichen, das als Schenkung zur Aufnahme von 60 Gläsern der besten Moselweine bestimmt ist. Darauf empfing der Reichspräsident eine Abordnung aus dem Grenzgebiet der Reichspräsidenten und der Eisf. An die eingehende Ehrduldung des Regierungspräsidenten Dr. Saffan über die Ursachen der Grenzlandnot schloß sich eine kurze Aussprache. Als der Reichspräsident seinen Wagen bestieg, stimmte eine ausgedehnte Sängerkorps des Sängerbundes Trier den Chor „Das liebe deutsche Reich“ vor. Überstimmte von den nichtbenannten Schuljugendgruppen der Menge.

Bei anhaltend ungünstigem Wetter trat der Reichspräsident dann die Fahrt moleobwärts an. In Trier wogte noch lange die Begeisterung der Bevölkerung durch die Straßen.

Berlin, 13. Oktober.

Der Reichspräsident ist, von seiner Rheinfahrt zurückkehrend, gestern mittag wieder in Berlin eingetroffen.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 13. Oktober 1930

Die Zellkrankheit!

In jedem Jahre, wenn der Herbst ins Land gezogen ist, macht sich ein rasches und fetes Anmadchen aller möglichen Krankheiten bemerkbar. Vorwiegend aber sind es Erkältungskrankheiten, Halsentzündungen, Husten und Schnupfen verbunden mit Temperaturen. Früher nannte man das eben eine regelrechte Erkältung, in schwereren Stadien logte man auch Influenza dazu und seit einigen Jahren bezeichnet man jede Erkältung mit mehr oder minder komplizierten Begleiterscheinungen als Grippe. Wir kennen die Grippe nun schon als eine Zeitkrankheit, die vielerorts auch jetzt wieder stark grassiert. In einigen Teilen des Reiches müßte man Schulen und Anstalten wegen dieser Grippeerkrankungen vorübergehend schließen, und die Strafanstalt Tegel bei Berlin ist gerade von einer Grippeepidemie erfaßt. Wenn man durch die Straßen geht oder in öffentlichen Lokaltäten mit seinen lieben Bekannten zusammenstößt, sieht man allenthalben Menschen mit Taschentüchern vor den Nasen, hört trächelnde und hustende Leute und erkennt daran, daß die Zellkrankheit wieder umgeht. Es gab Jahre, in denen die Grippe berartig wüthete, daß der Schmitter Tod seine Opfer zu Hunderten hinreichte, man hörte von den merkwürdigsten Marden der Grippe, die als Kopfrippe, Magen- oder Lungengrippe bezeichnet wurden. Im Grunde genommen aber waren es eben alles sehr starke Erkältungen, die die einzelnen Organe in Mitleidenschaft zogen. Bei der Diphtherie und beim Scharlach wird auch der Magen und andere Organe in Mitleidenschaft gezogen. So gefährlich eine Grippeepidemie auch immer war und ist, wir können ruhig angehen, daß die Grippe vielen Menschen eine Art Modertatheit war, die einen willkommenen Anlaß bot, sich ein paar freitäge zu verschaffen. Diese Zeiten haben sich inzwischen geändert, niemand wird heute mehr feiern wollen, wenn er es nicht unbedingt muß. Viele von denen, die jetzt wieder durch die Grippe aus Krankenzustand geworfen sind, werden in länger Unwohlsein sein, ob ihnen auch nicht ihre Stellung dadurch verloren gehen könnte. Darum lautet die Parole: Vorsicht ist besser als Nachsicht! Warme Kleidung und warmes Schuhszeug sind die größte Vorbeugung für die Gesundheit; Schutz gegen Anstöße ist eben lohnend. Die Grippe geht wieder um, man kann nicht vorzüglich genug sein!

* Die Preuß. Ministerien des Innern und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, veröffentlichten folgenden Rundschreiben über „Schutz der Verkehreinrichtungen“: „Einrichtungen aller Art, die nach Form und Farbe zu Verwechslungen mit den Verkehreinrichtungen im Sinne des § 2 Abs. 3 des Polizeistrafengesetz, vom 2. 8. 1920 Anlaß geben können, dürfen auf öffentlichen Wegen nicht angebracht werden. Ebenso ist es verboten, Kellereinrichtungen, soweit sie nicht mit Genehmigung der Ortspolizei-Behörde angebracht sind, innerhalb eines Umkreises von 100 m auf freier Straße, von 10 m innerhalb bebauter Ortsteile von den angegebenen Verkehreinrichtungen aufzustellen. An Wegebegrenzungen, sowie 50 m vor dem Beginn und 50 m hinter dem Ende der Wegebegrenzung ist die Aufstellung von Kellereinrichtungen stets verboten.“

Sehde, 9. Okt. Alle Tankstellenarbeiten will hier die Polizeiverwaltung für ein Vierteljahr verbieten, wie es bereits vor 2 Jahren der Fall war. Der Grund hierfür ist, daß in letzter Zeit wohl keine öffentliche Tankstellenarbeit vorübergegangen, die nicht mit einer Schlägerei endete. Es ist sogar schon vorgekommen, daß Reiterinnen früh um 8 Uhr begannen und ohne Unterbrechung sich bis nachts 3 Uhr fortzogen. Diejenigen Kaufleute, die schon mehrmals an den Schlägereien beteiligt waren, sollen auf die Kaufhölde gesetzt werden. Erst am Sonntag ereignete sich beim Erntefest ein Schlägerei, an der auch Frauen beteiligt waren. Ein Auswärtiger mußte in Haft genommen werden. — Zwei Wälder von hier gerieten aus richtiger Ursache in Streit. In dessen Verlauf ergriff der eine von ihnen eine Senie, um damit dem anderen den Kopf abzugucken. Glücklicherweise gelang es jedoch, den Streit abzulassen. Immerhin erhielt er aber einen Stich in den Unterarm, der wohl zur Folge haben wird, daß der Arm für die Zeit verbleibt.

Goffa. (Ungebetene Hochzeitsgäste, die die Wohnung plündern.) Gestern abend, zwischen 9 und 10 Uhr, ist in die Wohnung des Lehrers Rembe ein dreifacher Einbruch verübt worden. Der Einbruch ist für den Wohnungsinhaber schon deshalb eine unerwünschte Ungelegenheit, als Lehrer Rembe sich inmitten seiner Hochzeitsfeierlichkeiten befand. Seine Unwohlsein — niemand war in Hause — hatten sich die Einbrecher zunutze gemacht und waren vom Hof aus durch ein Fenster in die Wohnung eingedrungen. Eigenmächtig ist es, daß die Täter bei der Wahl ihrer Beute sich nur auf die Utensilien von Wäsche und Kleidungsstücken beschränkten. Von den genannten Gegenständen haben sie allerdings alles, was ihnen in die Hände fiel und wertvoll war, mitgehen lassen. So weit sich bis jetzt feststellen läßt, haben die Einbrecher außer Bettwäsche folgende Kleidungsstücke gestohlen: 2 Frackanzüge, 1 Gehrock, 2 blaue Anzüge, 2 graue Anzüge, 1 hellblauer Anzug, 3 Mäntel. Ein Teil dieser Sachen gehörte auch Hochzeitsgästen. Die Täter, unter denen sich nach den Fußspuren auch eine Frau befunden haben muß, sind unerkentbar entkommen. Die Ermittlungen sind im Gange.

Defrau 9. Oktober. (Beim Spielen mit Streichhölzern schwer verletzt.) Ein jähriger Knabe und sein Schwesterchen spielten mit Streichhölzern. Dabei warf der Knabe seinem Schwesterchen ein brennendes Streichholz in den Schoß. Im Au handten die Kleider des Mädchens in Flammen, das schwere Brandwunden erlitt und ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Für das Kind besteht Lebensgefahr.

Röthen, 9. Okt. Der verschmähte Tauschling. In einer kirchlichen Kirche ereignete sich folgender Vorfall: Neben zwei einige Monate alten Kindern sollte auch ein über sechs Jahre alter Knabe getauft werden, der in Begleitung seiner Mutter und der Paten erschienen war. Während der beiden ersten Taufhandlungen war der Sechsjährige, der sich vielleicht ziemlich überfällig vorgekommen sein mag, verschunden, was von der Mutter erst bemerkt wurde, als an ihm die Taufe vollzogen werden sollte. Da er nicht aufzufinden war, mußte die Taufe verschoben werden.

Der Junge kehrte am Abend wieder ins Elternhaus zurück. Gestern, 9. Oktober, wurde der Junge in der Gemeindekirche getauft. Beim Gemeindevorsteher Friede in Drogel Kreis Juchow II wurde die eiserne Glocke gekauft und an nächster Morgen in der Scheune abgehoben und aufgefunden. Der Junge wurde mit dem Einbruch gefaßt. Dem über den Täter sind 1650 Mark Gemeindegeld in die Hände gefallen.

Salberkat. (Kürzung der Bürgermeistereigehälter.) Die städtischen Körperschaften haben, einen Antrag der bürgerlichen Stadtverordnetenversammlung entsprechend, die Gehälter der Bürgermeister gekürzt. Der erste Bürgermeister wird künftig nach der Befolungsgruppe B 6 (bisher B 5), der zweite Bürgermeister nach Befolungsgruppe B 9 (bisher B 7) und die beiden Stadträte nach Befolungsgruppe A 1c (zur Zeit A 1) belohnt. Hierdurch wird eine Ersparnis von jährlich mehr als 10 000 M erzielt.

Blutiger Auszug eines Streits

Defrau. In der Nacht zum Freitag gerieten vor einem Wirtshaus in der Breiten Straße mehrere Arbeiter, die vorher gemeinsam gegessen hatten, in Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete und in deren Verlauf der Chauffeur M o t h i s von dem Arbeiter Schermerling durch einen Messerstoß in die Halschlagader so schwer verletzt wurde, daß er wenige Minuten darauf infolge Verblutung starb. Ein zweiter Arbeiter wurde von Schermerling ebenfalls durch einen Messerstoß lebensgefährlich verletzt.

Verbot des bisherigen Gesichtsbuchdruckes in Braunschweig

Braunschweig. Der braunschweigische Kultusminister Dr. Franzen hat das von dem bisherigen sozialdemokratischen Kultusminister Steuers für den Gesichtsbuchdruck in den braunschweigischen Volksschulen geführte Gesichtsbuch für sämtliche Schulen des freistaates Braunschweig mit sofortiger Wirkung verboten. In dem Erlaß heißt es u. a.: „Soweit dieses Buch im Besitze der Schulen ist, ist es aus allen Schulen sofort zu entfernen. Den Kindern ist anzuzeigen, ihr eigenes Buch sofort frei an die Schule abzuliefern. Sofern dies nicht geschieht, ist ihnen das Mitbringen in die Schulen zu verbieten. Der Erlaß beruht sich auf Artikel 148 der Reichsverfassung und bezieht sich auf die Einführung eines neuen Gesichtsbuchdruckes für den Volksschulunterricht vor.“

Ein großzügiger Benzindiebstahl

Sonneberg. Der Benzolbetriebstelle Sonneberg sind nahezu einhundert Liter Benzol seit September vorigen Jahres abhandelt worden. Mit dem Benzol wurde in der hiesigen in das „Benzinergeschäft“ gestohlen sind, das einige Sonneberger Erwerbslose betrieben haben, die regelmäßig nach den Tankwagen erleichtert. Der Hauptbeschuldigte, Maschinenführer Steiner, war in Unterhofschaft genommen, aus der er nachts entkam. Der Flüchtling brach durch die Deute seiner Zelle ein Loch, kam auf den Boden des Gebäudes, fand dort ein altes Drahtseil und ließ sich daran an der Außenwand herab und entkam. Aber bereits am nächsten Nachmittag wurde er in einer Scheune erfaßt und verhaftet.

Ein Postauto in Flammen

Siebolda. In dem Postauto der Linie Neustadt-Stadtrode entstand bei der Fahrt nach Siebolda plötzlich ein Feuer. Die Flammen schloßen aus dem Vorderteil des Wagens, der von den Insassen eilig geräumt wurde. Mit Wasser und Decken konnte schließlich das Feuer gelöscht werden. Das Auto wurde stark beschädigt.

Regierungspräsident Weber über das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Magdeburg. Im Regierungsgebäude fand eine Besprechung zwischen Vertretern der Regierung und des Bundesverbandes Magdeburg des Mitteldeutschen Handwerkerbundes statt, in deren Verlauf Regierungspräsident Weber sich über das von der Regierung geplante Arbeitsbeschaffungsprogramm im Regierungsbereich Magdeburg äußerte. Nach diesem Programm sei es geplant, die Bauten am Mittel-Candana zu fördern und ferner die Tangmühlend- und Elbbrücke und die Talsperren im Harz in Angriff zu nehmen. Das Wohlfahrtsministerium habe in der Frage der Volkstaschensarbeiten aus den Mitteln der Erwerbslosenerhebung weitere 500 000 RM bemittelt. Diese Beschaffung der Arbeitslosigkeit werde natürlich auch für das Handwerk und Gewerbe von Vorteil sein. Der Regierungspräsident erklärte es für angebracht, in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Konferenz mit den Wirtschaftsführern und Parlamentariern des Bezirkes abzuhalten. Ferner lagte er zu, die Wünsche des Handwerkes bezüglich der Berlegung von öffentlichen Aufträgen zu berücksichtigen bzw. zu unterstützen.

Aufklärung des Nordes bei Wilmmerellen

Stendal. Der Nord an der Hausangestellten Straße in einem Walde bei Wilmmerellen eine schnelle Aufklärung gefunden. Am Sonntagabend erlosch sich der 30jährige ledige Sohn der Eheleute Hermann 5 r t m a n n in Wilmmerellen, in deren Dienst die Erwerbslose gefunden hatte. Nach den bisherigen Ermittlungen der Magdeburger Kriminalpolizei darf angenommen werden, daß Hartmann das Mädchen tötete, weil es ihm nicht zu Willen war. Bei seinem Verhör konnte er nicht nachweisen, wo er sich während der wahrheitsfalschen Wortszeit befand.

Freiher Koch schwer belastet

Nachrichtlich. In der Wortsache des Freiher Koch, die in den Tagen vom 20. bis 23. Oktober vor dem Schurmergericht in Halberstadt wegen der Ermordung des Bergwerksdirektors Krümer verhandelt wird, hat die Vernehmung von Zeugen aus Frankfurt und Rom neue belastende Material ergeben. So bekundeten Zeugen, daß Koch schon früher vor seiner Entlassung auf der Strafe Nacharbeitete sich mit Koch gedankt e gegen Krümergetragen habe. In einem Falle habe er unter Verzeigung von Gewehrpatronen geäußert: „Mit diesen tippt er um“.

Gälscherfeld. Frauen verhielten Großfeuer. Im Gälscherfeld wurden durch Feuer die ausgebeuteten Stallungen des Landwirts Ernst S e h r e e r vollkommen eingeebnet. Der Schaden wird auf 60 000 RM geschätzt. Dritte aber durch Versicherung gedeckt sein. Als Ursache wird Selbstentzündung des noch nicht trockenen Grummes angenommen. Bei der Löscharbeit machte sich starker Wassermangel fühlbar. Durch die lauffähige Hilfe der Frauen, die für schnelle Heranschaffung von Löschwasser sorgten, konnte größerer Schaden verhindert werden.

Wüste Szenen in der Stadtverordnetenversammlung

Sangerhausen. Während der Stadtverordnetenversammlung am 8. bei der Beratung eines kommunalpolitischen Dringlichkeitsantrages wegen Gewährung von Winterbeihilfen für die Erwerbslosen zu unruhigen Szenen. Der kommunalpolitische Sprecher bekte keine Parteienrollen im Subderrraum durch

Mädchenmord bei Salzwedel und in Henda

Salzwedel. Die bei dem Ziegeleibehrer Hartmann in Wöllmerden beschäftigte Hausangestellte **Era S t r u b e** wurde in einer Alerkennung zwischen Wöllmerden und Bornien ermordet aufgefunden. Das Mädchen, das durch einen Akerhilt gefeilt wurde, wurde bereits seit dem vergangenen Sonntag vermißt. Allem Anschein nach handelt es um ein Stillschleichenverbrechen. Don dem Täter fehlt jede Spur.

Henda. Am Freitagvormittag erfand der stellungslose Büroangestellte **Hans A l t m a n n** die ledige Verkäuferin **Martha K o s e**. Altmann hatte mit dem Mädchen ein Liebesverhältnis unterhalten, das aber durch Meinungsverschiedenheiten getrübt worden war. Am Freitagvormittag begab er sich in die Wohnung seiner Geliebten und wollte sie ortalenfalls, mit ihm gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Als sie auf diesen Vorschlag nicht einging, tötete er sie durch einen Stich in den Hals. Altmann flüchtete, konnte aber noch im Laufe des Freitag in Schmeddorf gefangenommen und dem Stenobater Zeuge gestrichelt werden.

Der Arbeiter vergiftet

Magdeburg. Am Freitagmorgen fand man im Schlafraum eines auf der Höhe liegenden Bagers vier Arbeiter verstorben. Nach den ärztlichen Feststellungen handelt es sich um Kohlenoxydgasvergiftung. Während bei drei Arbeitern die Wiederbelebungsversuche Erfolg hatten, konnte der Arbeiter **B r o d h o f f** nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden.

Wieder ein kommunizistischer Stadtrat amtsenhoben

Merseburg. Außer den bereits erfolgten Amtsenthebungen vier kommunizistischer Magistratsmitglieder in Halle und Wittenberg hat der Regierungspräsident in Merseburg auch den kommunizistischen Stadtrat **W h e n e r**, Merseburg, vorläufig seines Amtes entsetzt und ein Disziplinerverfahren eingeleitet. Auch in diesem Falle wird die Maßnahme mit der Zugehörigkeit zur kommunizistischen Partei und der Auforderung zum Steuererhalt begründet.

Der Offizier gegen die Neugliederung der Reichsbahndirektionsbezirke

Quedlinburg. Der Verkehrsreferent Offizier hat an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft eine Eingabe gerichtet, in der er mit Nachdruck darauf hinweist, daß durch die beabsichtigte Aufstellung des Reichsbahndirektionsbezirks Magdeburg in der Weise, daß der Bezirk Wittenberg der Direktion Halle zugeordnet wird, der übrige ganz aber der Direktion Hammon, die Einheitslichkeit des Verkehrsgebietes stark beeinträchtigt wird, da die Grenze der beiden Direktionsbezirke Hammon und Halle mitten durch das einheitsliche Verkehrsgebiet des Offiziers gehen würde.

Verhörungen eines Kreisoberkretars

Mernigende. Bei einer Revision der Rasse des Landratsamtes wurden Benutzungen des Rassenführers, Kreisoberkretar **F l i n d t**, in Höhe von 1900 RM aufgefaßt, die sich auf einen Zeitraum von drei Jahren erstrecken. Gegen den Beamten, der sofort vom Dienste suspendiert worden ist, wird das Disziplinerverfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Dienste und des Strafverfahrens eingeleitet. Neben auf, daß der Revision Halle zugeordnet wird, der übrige ganz aber der Direktion Hammon, die Einheitslichkeit des Verkehrsgebietes stark beeinträchtigt wird, da die Grenze der beiden Direktionsbezirke Hammon und Halle mitten durch das einheitsliche Verkehrsgebiet des Offiziers gehen würde.

Halle. O b t m a r k t e. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen veranstaltet auch in diesem Jahre wiederum mehrere Obstmärkte, und zwar am 4. November in Erzur, Restaurant „Steiniger“, Predigerstraße, am 5. und 6. November in Halle (Saale) im „Wintergarten“, Magdeburger Straße 66, und am 6. und 7. November in Magdeburg im „Hofjäger“, Welthebring.

Die Zeppelinfahrt als Anfechtungsgrund gegen Wasfen

Delsnik i. B. Die bürgerliche Fraktion der Stadtbeworbenenversammlung hat bei der Kreishauptmannschaft die Gültigkeit der Stadtbeworbenenwahl vom 28. September angefochten, weil in den drei Wahllokalen der gesamte Wahlvorstand den Wahlzettel nicht in der vorgeschriebenen „Gra Zeppelin“ auf seiner Landungsfahrt nach Reichenbach zu beobachten.

Befastung eines Opfers des Flugunglücks

Dresden. Die sterblichen Überreste der beim Flugzeugunglück am Montag im Friedhofsgang ums Leben gekommenen Gattin des Leiters der Luftklinik in Sofia, Frau **G r ä f e**, wurden in der Feuerbestattungsanstalt Tolkewitz eingeliefert. Die Gedächtnisrede hielt Priester Kauflich. Die Deutsche Luftklinik ließ durch ihren Dresdener Flugleiter, von Wierstein, einen Kranz am Sarge niederlegen.

Ein Tiger tötet dem Dompneur das Leben

Leipzig. Zu einem aufregenden Zwischenfall, von dem das Publikum kaum etwas merkte, kam es während einer Vorstellung im Circus Hagenbeck, der zur Zeit in Leipzig auf dem Messegelände gastiert. Als sich der Dompneur **K a d e n** kurz vor Beginn seiner Nummer zum Herausstreifen der Tiger und Löwen in einen großen Tigerwagen begeben hatte, wurde er plötzlich von einer Tigerin angefallen und gegen die Käfigwand geschleudert. Die Tigerin sprang auf den am Boden liegenden Dompneur und verlor, ihm am Hals zu fassen. Ehe Kaden die im Stallgelände anwesenden Wärter zu Hilfe rufen konnte, hatte sich im Käfig ein Schauspiel ereignet, das Zeugnis von der Treue eines anderen Tigers gegenüber seinem Herrn ablegte. Am Augenblick der höchsten Gefahr hatte sich ein männlicher Tiger auf die Tigerin geworfen und sie durch einige Bißse in sein Gesicht auf der Stelle getötet. Der Dompneur erlitt nur eine leichte Abschürfung und konnte mit geringer Verletzung seine Vorführung bestimmen. Das Eingreifen des Tigers ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß Kaden dieses Tier selbst aufgezogen und sich mit ihm befähigt hat.

Bananen verzeilt

Pegau. Hier wurden vormittags zwei junge Männer aus der Umgebung von Pegau festgenommen und dem hiesigen Gerichtsgefängnis zugeführt. Sie hatten einen Raubüberfall auf die Begauer Zweigstelle der DDMV geplant. Bei den sofort vorgenommenen Lebensuntersuchungen wurden zwei schwarze Gelbsechsen und zehn mit betäubender Fülligkeit gefüllte Glasbehälter vorgefunden. Die Festgenommenen sind gefänglich.

Edertalberge. G ü t e r a n k a u f des L e u n a w e r t e s. Das Otto Müller'sche Stadgut (350 Morgen) ist für 190 000 RM vom Leunawer angekauft worden, ebenso das Pulversee Gut bei Gögging (225 Morgen) für 150 000 RM und auch ein Bauerngut in Gernsdorf. Die Güter sollen denen zugeweiht werden, die durch den Kohlenabbau im Gelsfeld um ihren Landbesitz kamen.

Freiburg (Saale). F e u e r t a m p f mit W i l d e r e r n. In der hiesigen Fing wurden drei Wilderer von dem Förster **A s c h e n b a c h** überfallen. Einer der drei gab sofort mehrere Revolverkugeln auf **A s c h e n b a c h** ab. Auch der Wildererschuß zu Hilfe eilende Förster **G r i f f a l** wurde mit Schüssen empfangen. Einen der Angreifer tötete **A s c h e n b a c h** mit einem Schlag mit dem Gewehrkolben nieder, während er einem zweiten einen Schrotflinten beibrachte. Der dritte Wilderer konnte entkommen. Es handelt sich um die gleichen Wildernde, die bereits vor zwei Jahren in Böbeln mit **A s c h e n b a c h** einen Zusammenstoß gehabt hatten.

Bischofsverda. S c h w e r e r V e r k e h r s u n f a l l. Freitagfrüh fuhr auf der Baugener Straße ein Kraftwagen mit Anhänger auf den Anhänger eines anderen Kraftwagens auf. Der Führer des Wagens war durch die Scheinwerfer eines entgegenkommenden Autos geblendet worden, so daß er den haltenden Lastzug nicht bemerkte. Der Besfahrer des aufgefahrenden Wagens erlitt so schwere Verletzungen, daß er ins Krankenhaus gebracht wurde. Der Freitaler Lastwagen und der Anhänger des haltenden Lastzuges wurden schwer beschädigt und mußten abgeschleppt werden.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Doppelmord. Der schwerkrante Monteur Richter hat in Köpenberg im Hause Wainiger Straße 24 seine Frau und sein Kind erschlagen und dann sich selbst erhängt. Richter, der lange Zeit im Krankenhaus gelegen hatte, war erst vor wenigen Wochen nach Hause gekommen. Er litt an einem schweren Magenleiden und fand im Krankenhaus keine Besserung. Seit längerer Zeit war er schmerzhaft und drohte, seine Frau umzubringen, was ihm aber nicht ernst nahm. Nun verübte er doch diese Missetat.

Berlin. Mord aus verkehrter Liebe. In einer Gastwirtschaft in der Belle-Alliance-Straße 12 im Südwesten Berlins erlitten der etwa 30jährige Heinrich Ruz aus Biesdorf, der eine Ausprache mit dem 24jährigen Bismarckstraßen-Glädiger aus der Friedrichstraße 88 hatte. Am Verlauf der Ausprache zog Ruz einen Revolver und schoß auf das Mädchen, das durch einen Stoffschuß auf der Stelle getötet wurde. Hierauf richtete Ruz die Waffe gegen sich selbst und bradte sich zwei schwere Brustschüsse bei. Ruz wurde nach dem Urbantranenhaus gebracht, wo an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Grund der Tat soll in verkehrter Liebe zu suchen sein.

Berlin. Für 4000 Mark Photopaparate geflohen. Aus dem Photopapaparat Werner in der Breiten Straße wurde nachts 50 Photopaparate im Gesamtwert von etwa 4000 Mark gestohlen. Bei den Tätern scheint es sich um „Geschäftsreisen“ befindliche Fachleute zu handeln, die in der letzten Zeit in mehreren Städten ähnliche Diebstähle ausgeführt haben.

Stettin. Schwere Stürme auf der Ostsee. Die Wetterstationen an der pommerischen Küste melben schwere Stürme auf der Ostsee. Am die Insel Rügen tobt ein heftiger Sturm mit Windstärke 8, der zu einer völligen Unterbrechung der Schifffahrt, insbesondere der Gostfischerei, geführt hat. Auch an der Küste von Uedom-Bollin kommt an der hinterpommerischen Küste tobt ein Sturm mit Windstärke 7.

Emden. Sturmfahrt einer Hamburger Bark bei Kap Horn. Die von ihrer Südamerikafahrt zurückkehrende Hamburger Bark „Radia“ wurde nach Dessjig eingeschleppt, um dort ihre Galperelabung zu lösen. Auf der Leberfahrt hat die Bark fünf Mann der Besatzung verloren, und zwar wurden bei Kap Horn bei einem Sturm vier Mann über Bord gewälzt, während ein Fünftler bei der Heimreise mit einer gedrohenen Stenge aus den Wanten lot auf Deck stürzte.

Dortmund. Banddirektor flüchtig. Die Gewerbebank in Dortmund-Hörde ist vorläufig geschlossen worden. Bei Wachsprüfung der Bücher hatte sich herausgestellt, daß der Direktor der Bank an zwei Dortmunder Firmen Kredite von insgesamt 140 000 Mark gegeben hat, für die keine Deckung vorhanden ist. Der Direktor der Bank ist seit einigen Tagen flüchtig.

Bücher- und Zeitschriftenchau.

„Neue Mosen“ — Wochens Zeitschrift für elegante Mosen. Uns liegt das Oktoberheft vor. Auch diese Nummer ist wieder reichhaltig und farbenprächtig ausgestattet und zeigt sich wieder in der besten Form. Es enthält die neuesten Modenvorstellungen für den kommenden Winter. Die Wintermode wird beherigt von der Zusammenstellung des Seidenkleides mit dem Sammtanmal; aber auch Samtkleider werden in der bevorzogenen Saison wieder in hohem Maße zur Geltung kommen. Besonders zeigt sich die Mode mehr modischer und praktischer Kleidungsstücke. Die für den Winterport getragenen, sowie Kleider und Mäntel, für den Vormitag kurz und meist in gerader Form, für den Nachmitag länger und vielfach mit Glanzanzug, ganz lang und in komplizierter Schnittform dagegen für die Abendmode. Jede Abbildung zeigt uns das Heft auch für Kinderkleider und -mäntel sowie elegante Damenmäntel. Als Gratisbeilagen sind dem Heft Schnittmusterbogen und Knopfplakette sowie ein Gutachten zum Inhaltlichen Bezug eines fertigen Wochenschnittes beigegeben. Ein spannender Unterhaltungsbeitrag ergänzt den vielseitigen Umfang. Der Preis beträgt für das monatlich in harten Umfang erscheinende Heft nur 90 Pfennig. Zu beziehen ist die Zeitschrift durch jede hiesige Buch-, Papier- und Zeitschriftenhandlung.

Wolkswohl-Rose Hotel Palmbaum
 für soziale und kulturelle Zwecke
 Einzellos 1.— Mk. — Doppellos 2.— Mk.
Ziehung: 11. bis 18. November 1930
 Gewinne im Werte von 430 000 M.

- 2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50 000 M.
 - 2 Prämien Zwei Landhäuser im Werte von je 25 000 M.
 - 2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20 000 M.
 - 2 Hauptgewinne: Zwei Reisen um die Welt im Werte von je 10 000 M.
 - 4 Hauptgewinne im Werte von je 5 000 M. und 408 08 andere Gewinne.
- Auf Wunsch 90% in bar**

Richard Arnold, Buchhandlung, heipzigerstr.
 Prima frisches fettes
Rind- und Hammelfleisch
 und frische Flecke
 empfiehlt
Willy Röh
 Prima junges fettes
Rindfleisch
 frische Flecke
 empfiehlt
Louis Richter

Penkala-Bleistifte
 zu haben bei
Richard Arnold, Leipzigstr.
Junge hochtragende Kuh
 steht preiswert zum Verkauf.
Herrn Dietrich, Weinbergstr. 22

Dienstag früh
frisch. Schellfisch
Fischfilet
 ohne Haut und Gräten, küchenfertig
ff. Fettbücklinge
P. Mierschke, Burgstraße

Erzistenz!
 Zitta 4 Morgen große
Obstplantage
 mit Sommerobstung, 300 Stück Schattenschnecken, mehrere tausend Sträucher Beerenobst, Spargelanlagen, preiswert zu verkaufen
H. Schulz, Kemberg, Schmiedeburger Str., Obstplantage

Industrie-Kartoffeln
 verkauft
Fliß-Treibz
 Zentner 2,50 RM frei Haus. Post-tarie genügt.

Komme für die Schulden meiner Frau Martha Lucke geb. Raina nicht auf.
Wilhelm Lucke.

Waldhaus Niemiß
 Mittwoch abend, von 7 1/2 Uhr ab
Preis-Stat
 wozu freundschaftlich einladet
Frau Gehner

Bergamentpapier
Butterbrotpapier
 empfiehlt
Richard Arnold.
Freie Feuerwehr
 Dienstag, den 14. Okt. abds. 8 Uhr beim Ram. Paul Günther (Blauer Weh)

Berammlung
Stiftungsfekt betr. Berstidenedes
 Um zahlreiches Erscheinen aller Kameraden bittet
Der Oberbrandmeister

Gewerbe-Berein
 Mittwoch, den 15. Oktober, abds. 1/9 Uhr bei Ernst Bachmann
Berammlung
 Von 5—8 Uhr Sprechstunden durch E. Krulpiß.
 Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen
Der Vorstand

Danksagung.
 Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.
 Rotta, den 13. Oktober 1930.
Die trauernde Familie Rehmann.



Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,35 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streif ulw. durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streif ulw. durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streif ulw. durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streif ulw. durch die Post 1,45 M.



Anzeigenpreis: Die begehrtete Peitzseite oder deren Raum 15 Pfg., die begehrtete Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung unentgeltlich gezeichnet oder durch Fernpost aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr. / Der Anzeigenpreis ist abends vor dem 10. Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 120

Dienstag, den 14. Oktober 1930

32. Jahrg.

Bürolehrling

für Ostern 1931 oder früher gesucht
Schriftliche Meldungen mit Schulzeugnissen bis 30. Oktober erbeten.
Kemberg, den 10. Oktober 1930.
157] **Der Magistrat.**

Was Dokumente erzählen.

Vieles von dem, was bis zum Kriegsende in den Aktenbüchern schlummerte, ist jetzt ans Licht gekommen. Das große Auenkenn der Auswärtigen Ämter gibt dokumentarischen Aufschluss über den Gang der auswärtigen Politik seit 1870. Aber auch die anderen Reichsarchive haben ihre Akten geöffnet und wichtiges Dokumentenmaterial zur Geschichte der Zeit geliefert. In dem Werk „Kriegsritik und Kriegswirtschaft“ (Verlag E. S. Mittler u. Sohn) wird die Vorbereitung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen geschildert, und es ist nun ein Urteil darüber möglich, ob wir militärisch, wirtschaftlich und finanziell auf den Weltkrieg gerollt waren.

Aus dem reichen Dokumentenmaterial kann an dieser Stelle nur auf einiges hingewiesen werden. Es ist heimlich etwas Tragisches daran, wenn man heute ein Schreiben des Generals von Falkenhayn vom 8. Juli 1914 liest, der inzwischen Kriegsminister geworden war und der an den Reichstanzler schrieb: „Eine neue Heeresvermehrung käme zurzeit also einer Verminderung und Verschlechterung gleich. Sie wäre daher zwecklos.“ Man kann über die Frage der Rüstung denken, wie man will. Man aber schon aufgerollt wurde, denn heute so natürlich nur einen Sinn, sich dann auch so stark zu machen, daß man schnelle Entscheidungen herbeiführen konnte.

Die jetzt veröffentlichten Dokumente geben weiterhin einen Einblick, wie man über die voraussichtliche Kriegsdauer dachte, und es zeigt sich, daß nahezu alle Urteile falsch waren. Im preussischen Kriegsministerium rechnete man mit einer neunmonatigen Kriegsdauer und hielt auch noch wesentlich später an dieser Berechnung fest. In militärischen Kreisen war alles auf einen schnellen Krieg angelegt. Graf Schlieffen als Chef des Generalstabes schrieb 1905: „Sintem in der Wandstube mag man monatlang in uneinnehmbaren Stellungen sich gegenüberliegen. Im westlichen Europa kann man sich den Versuch einer solchen Kriegsführung nicht erlauben.“

Generaloberst von Moltke allerdings sprach im Mai 1914 von einem „unter Umständen langwierigen Kriege gegen zwei Fronten“. Er hatte schon früher gesagt, daß der Krieg ein Volkskrieg werden würde, der nicht mit einer entscheidenden Schlacht abzumachen sein würde, sondern der ein langes mühevolleres Ringen mit einem Lande sein würde, das sich nicht eher überwinden geben wird, als bis seine ganze Volkskraft gebrochen ist, und der auch unter Volk, selbst wenn wir Sieger sein sollten, bis aufs Äußerste erschöpfen wird. Entgegen dieser Voraussage von Moltke war im Generalstab doch die Auffassung sehr stark vertreten, daß moderne Kriege überhaupt nur kurze Zeit dauern könnten.

Das Urteil War Warburgs in seinen Ausführungen auf dem Bankertage zu Hamburg im Jahre 1907 steht unter den anderen Zeugnissen sehr vereinzelt da: „Es ist außerordentlich schwer, sich von einem zukünftigen Kriege zwischen europäischen Großmächten einen Begriff zu machen. Nebenfalls aber wird man nicht damit rechnen dürfen, von kürzerer Dauer als früher sein wird.“ Im Gegensatz dazu haben sich die Wirtschaftler vielfach als falsche Propheten erwiesen. Der Geheimrechner des Reichs Dr. Conrad schrieb: „Lange Dauer der Kriege ist in Zukunft nicht mehr anzunehmen.“ Die Mehrzahl der Persönlichkeiten, die an den Maßnahmen zur Einleitung einer wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung beteiligt waren, bestätigen heute, daß für die ganzen Ueberlegungen eine kurze Kriegsdauer vorausgesetzt wurde. Freiherr v. Massenbach hat an das Reichsarchiv eine Zuschrift über diese Ueberlegungen gerichtet, in denen es heißt, daß alle Teilnehmer in dem Sinne des Dogmas standen, daß die Dauer eines großen europäischen Krieges sechs Monate höchstens, ein Jahr ganz sicherlich nicht übersteigen könne.

Auch über die Ergänzung der militärischen Rüstungen im Kriege, über die Belieferung mit Munition usw. hatte man ganz falsche Vorstellungen. Die gewaltigen Umandlungen in der militärischen Technik, in der Spezialisierung der chemischen Industrie und in dem auf höchste gesteigerten Verbrauch des Kriegsmaterials jeder

Art, die der Weltkrieg mit sich brachte, waren vor dem Kriege nicht im entferntesten Maße vorausgesehen worden. Deshalb tragen auch alle Vorbereitungsmaßnahmen der Heeresverwaltung den Charakter der Unzulänglichkeit an sich. Ebenso unterließ eine Erfüllung der heimlichen Rüststoffe, auch hatte man die Herstellung der großen und leistungsfähigen deutschen Industriemaschinen aller Art nur in bescheidenem Umfang vorbereitet.

So ergibt sich im ganzen aus dieser historisch wertvollen Darstellung, daß wir zwar militärisch einigermaßen, wirtschaftlich und finanziell aber vollkommen mangelhaft auf den größten aller Kriege vorbereitet waren. Diese mangelhafte Vorbereitung mußte später unter viel schwierigeren Umständen nachgeholt werden, und dadurch gerieten wir von vornherein in eine schwierige Lage. Ist es so auch traurig, Fehler feststellen zu müssen, so ergibt sich auf der anderen Seite doch die Tatsache, daß die Bewahrung der Mantelnote des Reichstanzlers erfüllt ist, wenn in dieser Note davon gesprochen wird, daß Deutschland zur Erringung der Vorkriegsarbeit in Europa „planmäßig auf den Krieg hingearbeitet“ und ihn „nach höchster Steigerung seiner Rüstung“ hemmt erfüllt habe.

Die Sitzung, die man mit einiger Spannung erwartete, dauerte sechs Stunden. Das praktische Hauptergebnis ist, daß die Fraktion nicht den Rücktritt ihres Ministers fordert. Sie hat sich sehr eingehend mit dem Regierungsprogramm und dem parlamentarischen Stellung des Kabinetts Beratung beschäftigt. Wenn kein Beschluß zustande kam, sondern zunächst mit anderen Gruppen, namentlich denen, die rechts von der Deutschen Volkspartei stehen, verhandelt werden soll, so hat das keinen Grund vor allem darin, daß die belonnene Richtung in der Fraktion sich erheblich durchgesetzt hat.

Dr. Scholz ist beim Kanzler gewesen, der ihm offenbar ziemlich unannehmend erklärt hat, daß das Kabinett die Abkehr der Deutschen Volkspartei mit dem Gesamtrücktritt beantworten werde.

Die Verantwortung für diese gefährliche Entwidlung hat die Fraktion nun doch nicht auf sich nehmen wollen. Stimmungsmäßig ist also das Ergebnis dieser Fraktionssitzung dahin zu werten, daß die belonnene Richtung sich durchgesetzt hat und die weitere Entwicklung nun zunächst von den Verhandlungen mit den übrigen parlamentarischen Gruppen abhängt.

Antwort an Groener.

Ein Brief des Grafen von der Goltz.

Berlin, 12. Oktober

General Graf von der Goltz hat ein Antwortschreiben an Reichswehrminister Groener gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Zur Ihren öffentlichen Brief an mich gestalte ich mir, ebenso öffentlich zu antworten:“

1. Daß das RMW. korrekt und formaljuristisch richtig gehandelt hat, bezweifle ich nicht. Die andere Frage aber ist, ob sein Verfahren politisch zweckmäßig war.

Der Gegensatz in der Rekrutierung zwischen dem parlamentarischen Minister, der sich meist mit einem Reichstanzler und mit Ministern der wehrmachtfeindlichen SPD. in einer Koalition befindet, und der ihm anvertrauten Truppe ist durch den Troz der Welt klar geworden, auch dem Ausland.

2. Die Vorbereitung von Offizieren während einer dienstlichen Übung aus dem Kreise von Kameraden und Untergebenen durch einen Zivil-Unterrichtsprüfer haben mich dem Vorgesetzten auch Reichswehrminister als Schmach empfunden. Das bitte, mir ein einziges Beispiel zu nennen, daß einem Truppenteil des alten Heeres die gleiche Schmach angetan wurde.

3. Natürlich weiß ich, als alter Soldat, daß die Grundlage der Wehrmacht bedingungslos und vorbehaltlos „Befehl ist“, wie Sie schreiben.

Das habe ich u. a. bewiesen, als ich im November 1918 als deutscher General in Finnland Ihnen telegraphierte, daß die von Ihnen angeordnete Einführung von Soldaten die Grundlage untergebe und daher unzulässig ist.“

Es ist keine Partei, sondern Staatspolitik, wenn die nationalen Kreise internationale und wehrmachtfeindliche Einstellung für eine Regierung, die der Wehrmacht befehligt, scharf ablehnen. Weil aber unter den jetzigen Verhältnissen eine solche internationale und wehrmachtfeindliche Parteienregierung leicht wiederkehren kann, bekämpfe wir das heutige System im Interesse des wehrhaften Volkes von Wehrmacht und Volk.“

Youngplan undurchführbar!

Eine Schatzrede in Newyork.

Newyork, 11. Oktober.

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat nach an einem Essen teil, daß der Newyorker Bond Club ihm zu Ehren veranstaltete. Dr. Schacht führte bei dieser Gelegenheit u. a. aus: Er habe leider feststellen müssen, daß in Amerika im Augenblick ein unbehagliches Gefühl hinsichtlich der deutschen Zustände herrsche, das besonders durch die nach Amerika gelangten Nachrichten über den Zustand der deutschen Wahlen noch verstärkt worden sei. Aber die geradezu übermenschliche Geduld des deutschen Volkes gegenüber aller wirtschaftlichen Not und außerordentlichen Bedrängnis während der letzten Jahre objektiv beobachtet, könne unmöglich überallhin davon sein, daß ein so reichhaltiges Volk wie das deutsche seiner Empörung Ausdruck gebe.

Noch sei die wirtschaftliche Potenz Deutschlands unerückert.

Aber die Reparationen seien teils durch falsche Finanzpolitik, teils durch die Reparationen aufgebracht, die nicht aus dem Ueberschuß der Wirtschaft, sondern durch Aufnahme neuer Kredite geleistet worden seien.

Im kommenden Winter müßte Deutschland auf eine Arbeitslosenzeit von über 4 Millionen gestoßen sein, ohne dabei auf irgendwelche Währungsreformen zurückgreifen zu können. All das habe trotzdem die moralische Kraft des deutschen Volkes nicht brechen können. Jeder Deutsche, der über Deutschlands Wirtschaftslage spreche, befände sich in einem Amoklauf.

Die Wahrheit sei nach seiner letzten persönlichen Ueberzeugung, daß Deutschland aus eigener Kraft die Annuitäten des Youngplans nicht werden zahlen können.



Die Fraktionssitzungen haben begonnen.

Berlin, 12. Oktober.

Am Montag vormittag findet im Reichstag eine Fraktionsführerbesprechung beim Präsidenten Lobe statt, in der die ersten beiden Reichstagsitzungen, die der Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Präzedenzentscheidungen gewidmet sind, noch einmal besprochen werden sollen. Es ist möglich, daß man nach einem ruhigen Verlauf der ersten Sitzung auch die zweite Sitzung noch am Montag nachmittag abhalten wird, um dann die Präzidenzentscheidungen sofort vorzunehmen. Auch die meisten Fraktionen werden am Montag Sitzungen abhalten. Sozialdemokraten, Kommunisten, Zentrum und Wirtschaftspartei haben bereits für Montag mittag bzw. vormittag Sitzungen anberaumt. Die Staatspartei wird nach dem Mittag zusammenzutreten. Rationalisierungs- und Landvolk sind bisher nicht einberufen, werden aber wahrscheinlich auch am Montag zusammenzutreten. Die Deutschnationalen und die Bayerische Volkspartei haben bereits am Sonntag Sitzungen abgehalten.

Curtius bleibt vorläufig.

Noch keine endgültige Entscheidung der Volkspartei.

Berlin, 12. Oktober.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beriet bis in die späten Abendstunden. Wie wir hören, wurden die Beratung und Beschlussfassung über das Regierungsprogramm auf Montag verlagert. Inzwischen sollen eingeleitete Verhandlungen über das Programm mit anderen Parteien fortgeführt werden. Die Fraktion feste einen Ausschuss ein, der Vorschläge zur Ausgestaltung des Regierungsprogramms machen soll. Ausdrücklich wird berichtet, daß ein Antrag auf Abberufung des Reichsfinanzministers Dr. Curtius der Fraktion nicht vorgelegen habe.